

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Griech-Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 75.

Berlin, Sonnabend, 18. September 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Klarheit. — Vorsicht beim Eintritt in Hilfskrankenassen! — Die Gründung von Gewerkschaftshäusern. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Klarheit!

Der Zentralrat, der in seinen letzten Sitzungen eingehend die Stellung der Deutschen Gewerksvereine zum Hansabunde erörtert hat, ist, wie bereits mitgeteilt wurde, zu dem Resultat gelangt, daß bei aller Billigung und Anerkennung der wirtschaftspolitischen Bestrebungen des Hansabundes ihm gegenüber zunächst noch eine abwartende Stellung angebracht sei. Verschiedene Vorwissenisse der letzten Zeit haben diese Haltung durchaus gerechtfertigt. Es hat nicht an Rundgebungen aus Unternehmertum gefehlt — wir erinnern nur an Herrn Dr. Tille —, in denen offen verlangt wurde, der Hansabund müsse auch zu sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen. Dabei muß allerdings hinzugefügt werden, daß der Vorsitzende des Hansabundes, Geheimrat Kießer, ausdrücklich eine solche Stellungnahme abgelehnt hat. Bestrebt hat aber auch die recht widersprüchliche Haltung den Arbeitern gegenüber, die den Wunsch hatten, Mitglied des Hansabundes zu werden. An manchen Orten war man lebhaft bemüht, sie für den Eintritt zu gewinnen; an anderen Orten wieder hat man ihnen mit dürren Worten gesagt, daß sie im Hansabund nichts zu suchen hätten. Bestrebt hat es weiter in der Arbeiterschaft erregt, daß in den Vorstand des Hansabundes zahlreiche Männer mit ausgesprochen scharfmacherischer Gesinnung gewählt worden sind. Wir brauchen keine Namen zu nennen, sie sind bekannt genug. Gemäß der Hansabund hat die Absicht, lediglich wirtschaftspolitische Tendenzen zu verfolgen. Er will aber auch, wie in der Gründungsversammlung festgelegt worden ist, bei den politischen Wahlen Kandidaten aufstellen. Da könnte es immerhin vorkommen, daß hier oder da so ein echter Scharfmacher als Kandidat nominiert und auch gewählt wird. Nun werden aber in den Parlamenten nicht allein wirtschaftspolitische Fragen erörtert, sondern auch sozialpolitische, zu denen der Gewählte dann Stellung zu nehmen hat. Auf diese Weise würde der Hansabund vielleicht ungewollt das Scharfmachertum in den Parlamenten stärken und die Sozialpolitik hemmend beeinflussen.

Diese und ähnliche Erwägungen sind die Ursache gewesen, weshalb der Zentralrat empfiehlt, sich dem Hansabund gegenüber zunächst abwartend zu verhalten. Wie berechtigt diese Stellungnahme war, das zeigt auch der letzte Leitartikel der „Deutschen Arbeiter-Ztg.“, die jetzt, wo man dazu übergeht, die präzise Festlegung des Bundesprogramms in Erwägung zu ziehen“, die Zeit für gekommen hält, ihre Forderungen geltend zu machen, und sie tut dies mit erfreulicher Deutlichkeit, so unverstört, wie es im übrigen nur die Herren Agrarier noch tun können. Nach der Meinung der „Arbeiter-Zeitung“ hat sich der Hansabund lediglich der Wünsche der deutschen Arbeitgeber anzunehmen, deren enthusiastisches Eintreten für den Bundesgedanken zum überwiegenden Teil der Zubericht entsprungen sein soll, „daß die zu schaffende Vereinigung vor allem auf sozialpolitischen Gebiete zum Rechten sehen

werde; wie denn in dieser Zubericht ja auch konkurrierende Bestrebungen ähnlicher Art, die auf die gemeinsame Vertretung der Sache der Arbeiterschaft abzielten, vorläufig beiseite gelegt worden sind“.

Mit diesen dunklen Andeutungen will das Scharfmacherblatt wohl auf die Bestrebungen hinweisen, die auf eine politische Vertretung des Unternehmertums abzielen. Die „Arbeiter-Zeitung“ billigt es nicht, „daß den bisherigen Rundgebungen des Hansabundes mehr oder weniger die Tendenz innewohnt, jedem Anknüpfen der sozialpolitischen Frage vorsichtig aus dem Wege zu gehen“. Diesem Bestreben kann das Blatt unmöglich Gefolgschaft leisten. „Hier muß also Klarheit geschaffen werden! Die deutschen Arbeitgeber dürfen verlangen, daß der Hansabund, auf den sie so weitgehende Erwartungen gesetzt haben, jedes Versteckspielen in sozialpolitischer Hinsicht aufgibt und unumwunden erklärt, daß er, wie es das Wohl von Gewerbe, Handel und Industrie unter allen Umständen verlangt, eine seiner Hauptaufgaben darin erblickt, der unheilvollen Entwicklung der Dinge auf sozialpolitischem Gebiet tatkräftig und entschlossen entgegenzutreten!“ Und an einer anderen Stelle wird verlangt, daß in dem Programm des Hansabundes klipp und klar und ohne jeden Vorbehalt zum Ausdruck gelangen müsse, „daß sich der Bund in jeder Hinsicht die sozialpolitischen Anschauungen des gewerblichen Unternehmertums zu eigen macht“.

An Deutlichkeit lassen diese Forderungen, wie gesagt, nichts zu wünschen übrig. Aber das Herz der „Arbeiter-Zeitung“ schlägt auch warm für die Angestellten und Arbeiter. Sie müssen aber, wie man wohl zu sagen pflegt, „tubenrein“ sein. Von den Arbeitern sollen nur diejenigen Lohnarbeiter der Ehre teilhaftig werden, Mitglieder des Hansabundes zu sein, „welche es verschmähen, das Heil der Zukunft im Gewerkschaftsgedanken zu erblicken“. Es ist nicht zweifelhaft, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ der Begriff „Gewerkschaft“ alle Arbeiterorganisationen ohne Unterschied umfaßt. Das heißt dann mit anderen Worten, die Selben will man allenfalls als Mitglieder des Hansabundes gelten lassen. Das ist ein ganz genialer Gedanke. Es gibt tatsächlich kein besseres Mittel, anständige Arbeiter vom Hansabund fernzuhalten, als wenn man die Selben als Mitglieder aufnimmt.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die „Arbeiter-Zeitung“ einen gewissen Einfluß besitzt. Steht doch hinter ihr eine ganze Anzahl von mächtigen Unternehmerverbänden, deren Mitglieder sicherlich zum großen Teile auch dem Hansabund angehören und versuchen werden, dort ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen. Deshalb ist es notwendig, daß man auf solche Rundgebungen der „Arbeiter-Zeitung“ hinweist und ihre eventuellen Folgen gebührend kennzeichnet. Die „Arbeiter-Zeitung“ vertritt schroff und rücksichtslos die Interessen des Unternehmertums. Der von ihr lange Zeit verteidigte Plan, die Industrie politisch zu organisieren, hat so wenig Gegenliebe gefunden, daß sie ihn schließlich aufgegeben hat. Jetzt glaubt sie eine passende Gelegenheit gefunden zu haben, diesen Plan, wenn auch in einer anderen Form, zu verwirklichen. Das geht ganz deutlich

aus dem besprochenen Artikel hervor. Es ist auch zu erwarten, daß die Intermänner der „Arbeiter-Zeitung“ die Absichten des Blattes im Hansabund zu verwirklichen versuchen werden. Da können auch wir unbedingt Klarheit verlangen. Wohl müssen wir zugeben, daß seitens des Vorsitzenden des Hansabundes sowohl in öffentlichen Erklärungen, als auch in persönlicher Rücksprache mit führenden Kollegen unserer Organisation mit aller Entschiedenheit ausgesprochen worden ist, daß sich der Hansabund von jedweder sozialpolitischen Tätigkeit fernhalten werde. Wir zweifeln nicht, daß der Vorsitzende an diesem Grundsatz festzuhalten entschlossen ist. Aber ein Vorsitzender ist noch nicht der Vorstand und auch nicht die Organisation selbst. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß derartige Rundgebungen wie in der „Arbeiter-Zeitung“ schließlich eine Aenderung in der Taktik herbeiführen können. Deshalb müssen wir verlangen, daß der Vorstand des Hansabundes so schnell und so deutlich wie möglich zu erkennen gibt, daß er nach wie vor entschlossen ist, seine Tätigkeit einzig und allein auf das wirtschaftspolitische Gebiet zu beschränken, d. h. dem Agrarierium ein Gegengewicht zu schaffen, seine Uebermacht zu bekämpfen. Ohne eine solche Erklärung besteht die Gefahr, daß das Mißtrauen der Arbeiter, das ohnehin schon groß genug ist, noch verstärkt wird und die abwartende Haltung sich in eine ablehnende umwandelt. Also mehr Klarheit!

Vorsicht beim Eintritt in Hilfskrankenassen!

Obgleich immer und immer wieder in der Presse und sogar von Seiten der Behörden vor dem Eintritt in einzelne Hilfskrankenassen gewarnt wird, gibt es doch immer genügend Leute, die sich vom äußeren Schein blenden, sich von Agenten, die ihre Erlisten darin finden, überreden lassen, diesen oft recht zweifelhaften Hilfskrankenassen beizutreten, um nachher, wenn sie die Leistungen dieser Klassen in Anspruch nehmen wollen, einsehen zu müssen, daß sie gründlich hineingefallen sind. Es ließen sich Dutzende von Fällen anführen, in denen Mitglieder dieser Klassen das Krankengeld usw. nicht erhielten, weil die Kaufschuparagraphen es den betreffenden Vorständen ermöglichen, in irgend einer Art und Weise sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Nur einige Fälle seien hier angeführt:

Der Arbeiter Julius B. zu Duisburg trat am 1. Juni 1907 der „Westdeutschen Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungs-Kasse für ganz Deutschland“, Eingetragene Hilfskasse Nr. 88, Sitz Köln a. Rh., als Mitglied bei. Gemessenhaft wurde der bei der Aufnahme vorgelegte Fragebogen ausgefüllt und unterschrieben. Fast volle zwei Jahre zahlte B. pünktlich seine Beiträge, in der Erwartung, gegebenenfalls auch die Leistungen der Kasse in Anspruch nehmen zu können. Doch weit gefehlt! Was jedem anderen passieren kann, passierte auch B. Er wurde am 16. Mai d. J. krank und war infolgedessen auch erwerbsunfähig. Nach Erledigung aller Formalitäten, die nicht gering find, glaubte B. jetzt auch in den Genuß der Kas senleistungen zu kommen. Hierin sah er sich jedoch bitter getäuscht. Erob mehrfache Mahnung blieb das Krankengeld aus. Da entschloß sich B., persönlich beim Vorstand in Köln vorzusprechen. Die Antwort desselben lautete: „Jahren Sie nur ruhig wieder nach Hause, das rückständige Krankengeld im Betrage von 100 Mark wird Ihnen in den nächsten Tagen zugestellt. Sie bekommen darüber noch

näheren Bescheid." W. wartet noch heute auf das Geld, wohl aber erhielt er folgenden Brief:

Cöln, den 28. Juni 1909.

Herrn Jul. B. Duisburg.
Nach uns inwärtigen gewordener Mitteilung haben Sie bereits früher, und zwar vor Aufnahme in unsere Kasse an Lungentatarach wie auch an Heiferkeit gelitten, was Sie aber alles anzugeben unterlassen haben. Wir nehmen daher Veranlassung, Sie wegen Verstoß des § 6a unter Hinweis auf § 7 des Statuts als Mitglied zu streichen; wovon wir Sie hiermit in Kenntnis setzen.

Gochachtend
Westdeutsche Versicherungs-, Kranken-
und Unterstützungszuschuß-Kasse (E. G.).
Der Vorstand.
(Name unleserlich.)

Hierauf sandte W. der Krankenkasse folgendes Schreiben:

Duisburg, den 2. Juli 1909.

An die
Westdeutsche Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungszuschuß-Kasse für ganz Deutschland (E. G.) zu Köln a. Rhein.

Bei meinem persönlichen Vorprechen auf Ihrem Bureau in vergangener Woche wurde mir versprochen, daß in wenigen Tagen meiner berechtigten Forderung auf Zahlung des rückständigen Krankengeldes Rechnung getragen — und daß mir der Betrag von Mark 100 übermittelt würde.

Dieses ist jedoch bis heute noch nicht geschehen; statt dessen ist mir ein Schreiben, datiert vom 28. Juni, Aktenzeichen 6535, zugeht, worin mir mitgeteilt wird, daß ich wegen Verstoß gegen den § 6 des Statuts ausgeschlossen sei, indem die angestellten Ermittlungen ergeben hätten, daß ich schon vor meinem Eintritt in die Kasse an Lungentatarach sowie Heiferkeit krank gewesen wäre. Hierzu bemerke ich nun folgendes: Wegen meinen Ausschluß lege ich hiermit Beschwerde ein, da der Ausschluß zu Unrecht erfolgt ist. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß von Jenen der Beweis für Ihre Behauptungen erbracht werden kann. Ich bin im Besitz von Bescheinigungen meiner sämtlichen Arbeitgeber der letzten 7 Jahre, die mir bestätigen, daß ich in diesen Jahren niemals an einer inneren Krankheit krank gewesen bin. Auch meine Anhaltenskarten werden dieses ohne Zweifel ergeben und bestätigen.

Ich erlaube daher nochmals, in eine Prüfung meiner Angelegenheit einzutreten und mir umgehend Mitteilung zu machen, ob Sie meinen Ansprüchen stattgeben wollen oder nicht. Sollte ich innerhalb 8 Tagen nicht im Besitze des mir zustehenden Krankengeldes sein, bin ich gezwungen weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Da die nächste Generalversammlung laut Statut erst im Januar 1910 stattfindet, ich aber mein Geld zum Lebensunterhalt notwendig habe, kann ich nicht den Beschluß der Generalversammlung abwarten und werde deshalb, wenn man meinen Ansprüchen nicht genügen will, auf gerichtlichem Wege vorgehen.

Eine Beschwerde füge ich trotzdem bei.
Einer baldigen Antwort entgegensehend zeichnet
Gochachtungsvoll

Jul. B., Mitglied Nr. 6536.

Als Antwort bekam W. nachstehendes Schreiben:

Cöln, den 10. Juli 1909.

Herrn Jul. B. Duisburg.
Auf Ihre Zuschrift vom 2. cr. haben wir zu erwidern, daß nach uns gewordener Erkundigung Ihr Bruder ebenfalls an Lungenerkrankungen und Reihloppfatarach gelitten und erblich (!) belastet wie Sie es sind. Der Reihloppfatarach bestand, wie Sie hier selbst angaben, schon vor Aufnahme in die Kasse, was Sie jedoch unterlassen haben im Antrage anzugeben; anderenfalls Ihre Aufnahme nicht erfolgt wäre oder nur mit einem ärztlichem Attest. Sie haben also bei Antragstellung falsche Angaben gemacht und unterschrieben und somit in betrügerischer Weise Ihren Beitritt zur Kasse erschlichen, da wir nach § 2c nur gesunde Leute als Mitglieder aufnehmen. Ihren Rücktritt an die Generalversammlung werden wir der nächsten anstehenden Versammlung vorlegen. Bevor diese Versammlung über Ihre Beschwerde nicht entschieden hat, können Sie nach § 7 nicht klagen, da eine eventuelle Klage abgewiesen werden würde.

Gochachtungsvoll
(folgt Name.)

Dieser Brief kennzeichnet so recht die Praktiken und den Wert dieser „Auch“-Hilfskrankenkassen. Weil der Bruder des W. zufälligerweise auch schon mal etwas mit der Lunge und dem Reihloppf zu tun gehabt hat, muß die ganze Familie verflucht, W. erblich belastet sein! Die Behauptung, daß W. selbst zu gegeben habe, schon vor Aufnahme in die Kasse an Reihloppfatarach erkrankt gewesen zu sein, entspricht nicht der Wahrheit.

Das schwerwiegendste von allem ist, daß auf Grund des famosen Statuts W. noch nicht einmal die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen kann, bevor nicht die Generalversammlung über die Beschwerde entschieden hat. Die ordentlichen Generalversammlung findet aber nur jedes Jahr im Januar statt, so daß W. erst im Januar 1910, unter Umständen noch später, wenn er dann noch lebt, sein Recht an ordentlichen Gerichte suchen kann. Bis dahin kann er zusehen, wovon er seinen Lebensunterhalt bestreitet.

Leider, wie schon gesagt, lassen sich noch viele Arbeiter verleiten, derartigen Kassen beizutreten,

ohne sich auch nur in etwas um den Inhalt der Statuten zu kümmern. Um aber zu bemerken, wie notwendig es ist, sich die Statuten etwas näher anzusehen, werden wir in einem zweiten Artikel einige wichtige Paragraphen einzelner Hilfskassen, soweit wir mit denselben schon zu tun hatten, auführen.

Die Gründung von Gewerkschaftshäusern

Ist in den letzten Jahren mit besonderem Eifer betrieben worden. Wo die Organisationen der Arbeiter stark entwickelt waren, ist der Wunsch zum Ausdruck gekommen, sich ein eigenes Heim zu gründen. Bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften war es häufig die Volksfrage, die zur Errichtung eines Hauses drängte, da in der Provinz viele Saalhaber ihre Lokale zur Abhaltung von Versammlungen und dergleichen verweigerten. Es ist auch zu verstehen, daß in großen Städten, wo die einzelnen Mitglieder weit von einander entfernt wohnen und selten Gelegenheit haben, sich näher zu treten, der Wunsch sich geltend macht, sich eine Stätte zu schaffen, wo man zu jeder Zeit Gesinnungsgenossen trifft, mit denen man sich aussprechen und über die Tagesereignisse reden kann. Selbst in agitatorischer Hinsicht kann ein städtischer Bau einer Organisation von Nutzen sein. Diese und ähnliche Erwägungen haben, wie gesagt, zur Errichtung von Gewerkschaftshäusern, Verbandshäusern, Volkshäusern oder wie man die Gebäude sonst nannte, geführt. Namentlich die „freien“ Gewerkschaften haben einen regen Eifer auf diesem Gebiete entwickelt, aber auch die Gewerksvereiner haben sich in diesem Sinne betätigt. Die geheuten Erwartungen jedoch haben sich nicht überall erfüllt. Namentlich die Gewerkschaftshäuser haben vielfach schwer zu kämpfen, um überhaupt erhalten werden zu können. Und auch unsere Kollegen haben nicht immer günstige Erfahrungen gemacht. Wir erinnern nur an Leipzig, wo der Erwerb eines eigenen Hauses manchem schwere Sorgen bereitet hat.

Auf sozialdemokratischer Seite scheint man mit solchen Neugründungen besonders leichtfertig umzugehen. Das muß man wenigstens daraus schließen, daß in letzter Zeit recht eindringlich davor gewarnt wird. Schon im Juni dieses Jahres fand in Berlin eine Konferenz der Vertretungen der Gewerkschaftshäuser statt, welche dringend vor der unüberlegten Errichtung weiterer solcher Einrichtungen warnte. Der Vorsitzende legte hier, wie die einzelnen Orte sich an die Generalkommission wenden, um von ihr Mittel für den Bau eines Gewerkschaftshauses oder Verksammlungsloales zu erhalten. Auch Anteilsscheine und Baus seien verschickt worden, selbst an Organisationsinstanzen, die mit dem betreffenden Orte oder Bezirke gar nichts zu tun hatten. Ein solches Verfahren könne nicht gebilligt werden, namentlich da auch zu erwarten ist, daß auf dieser Grundlage errichtete Häuser niemals eine Aussicht auf Rentabilität bieten können.

Jetzt wird von neuem eine eindringliche Warnung vor solchen Gründungen in dem wissenschaftlichen Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, der „Neuen Zeit“, ausgesprochen. Ein „Genosse“ Schreiter, Jittau weist mit Recht darauf hin, daß unter zehn Fällen sicher neun sind, bei denen für den Erwerb eines Volks- und Gewerkschaftshauses jedwede Grundlage fehlt, auf der eine gedeihliche Entwicklung des der Arbeiterschaft gehörigen Heimes möglich ist. Bezeichnend aber im großen und ganzen durchaus zutreffend, ist die Schilderung, wie ein solcher Plan häufig ins Werk gesetzt wird. Da heißt es:

„Eine Kommission wird gewählt, die die nötigen Vorarbeiten zu erledigen hat. Geld ist selbstverständlich nicht da. Aber wozu auch? Gibt es doch Brauereien, die irgend ein verträgliches Etablissement an der Peripherie der Stadt auf Lager haben und sich mit ein paar tausend Mark Ankauf begnügen. Der Parteivorstand wird um eine Summe Geldes angegangen; aus leicht begreiflichen Gründen lehnt er ab, das Projekt zu unterstützen. Große Enttäuschung unter den Genossen. Dann werden sämtliche Klassen zusammengebracht, Anteilsscheine ausgeben und den Genossen die Sparplan nige abgenommen. Gilt es doch, dem Parteivorstand zu zeigen, daß es auch ohne ihn geht. Die Gründung ist perfekt — das Geld ist da. . . . Winder Eifer befehligt die aufstrebenden Bedenken — und nun beginnt die Leidenszeit, ein Martyrium für die Genossen am Orte und im Kreise. Der Besuch des Volkshauses fällt viel zu wünschen übrig, die Einnahmen decken die Ausgaben nicht mehr. Immer und immer wieder sind Zuschüsse nötig. Die Brauerei gibt die Anzahlung wieder heraus, die Summe wird als Spohel eingetragener — der Bierzweig wird dafür in Kauf genommen. Aus dem freien Volkshaus wird eine von Arbeitern geleitete Filiale der Brauerei. Man will unter allen Umständen den Verkehr im Volkshaus beleben, arrangiert große Konzerte und andere Veranstaltungen, die viel Geld kosten, ohne etwas einzubringen, denn der Verkehr im Volkshaus läßt sich

nicht künstlich in die Höhe bringen, weil es an dem Publikum fehlt, welches in den Volkshäusern zu verkehren pflegt.“

Wehlich spielen sich bisweilen auch in unserer Organisation die Dinge ab. Man braucht nur für „Parteiortstand“ Zentralrat zu sagen und einige andere Wortänderungen vorzunehmen, und die obige Schilderung paßt durchaus auch auf unsere Verhältnisse. Die Worte mögen deshalb auch in den Kreisen unserer stollegen Weherziehung finden. Aber noch eine andere Mahnung möchten wir hier anschließen. Da, wo ein Verbandshaus besteht, haben die Kollegen auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß es sich rentiert. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß hier und da Mängel vorhanden sind, daß der Defonom nicht immer den Wünschen der Kollegen das genügende Entgegenkommen zeigt. Einen Teil der Schuld daran aber tragen die Mitglieder selbst. Wenn sie ihr Verbandshaus so regie besuchten, wie es vor der Errichtung stets versprochen wird und auch erwartet werden darf, wenn der Defonom sieht, daß er tatsächlich auf den Besuch unserer Kollegen angewiesen ist, daß sie die Stütze seines Unternehmens bilden und er ohne sie nicht zurecht kommen kann, dann ist es doch selbstverständlich, daß auch die Wünsche der Mitglieder mehr Erfüllung finden, als wenn sie nicht in dem Verbandshause verkehren. Mit kritisieren allein ist es auch nicht getan, und wir wünschen aufrichtig, auch im Interesse unserer Sache und unseres Ansehens, daß die hier zum Ausdruck gebrachten Mahnungen recht beherzigt werden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 17. September 1909.

Wie abonniert man eine Zeitung? Manche Menschen haben eine gewisse Scheu vor allem Schreibwerk und besonders vor dem Umgang mit Behörden bezw. Beamten. Das einzige, was in der Beziehung von ihnen geleistet wird, ist Steuerzahlen, die Erledigung polizeilicher An- und Abmeldungen, sowie auf der Post das Einkauf von Wertzeichen und die Aufgabe von Sendungen. Alles, was darüber hinausgeht, macht ihnen ungeheure Schwierigkeiten. Mancher zerkaupte Federhalter, verfluchte Schreibbogen und vergossene Schweißtropfen, ganz abgesehen von ausgestoßenen Nerven, sind Beweise derartiger Extratouren im Verkehr mit den Behörden, die doch für das Publikum da sein sollen. Auch bezüglich des Postverkehrs herrschen viele Unklarheiten; besonders gilt das beim Bezug von Zeitungen durch die Post. Da in diesem Monat (vom 15. bis 25.) die Neubestellungen erfolgen müssen, seien hier einige Fingerzeige gegeben:

Die bei der Post zu abonnierenden Zeitungen bestellt man am einfachsten, indem man unfrankiert einen Zettel in den Briefkasten wirft, den man vorher folgendermaßen ausfüllt:

An das Kaiserliche Postamt: Bonn.
Name: Peter Schulz
Ort, Straße und Wohnung: Jakobstr. 3 in Bonn
abonniert hiermit für das 4. Quartal 1909
Name der Zeitung: Der „Gewerberein“
Erlaubungsort derselben: Berlin
und bittet um Einziehung des Betrages von M. 0,66 für das Abonnement und 18 Pfg. Bestellgeld.

Dann kommt der Briefträger und zieht den Betrag gegen Quittung ein. Man spart jede Kauferei und jeden Kerger. Eventuell kann man auf diese Weise auch für ganze Listen von Personen zugleich abonnieren; man sorge aber stets dafür, daß der Briefträger auch tatsächlich das Geld zu Hause in Empfang nehmen kann.

Will man die Zeitung selbst von der Post abholen, so läßt man auf dem Bestellzettel die Worte: „Ich werde das Blatt abholen“. Man spart dann das Bestellgeld, das je nach dem Erscheinen einer Zeitung verschieden ist und beim „Gewerberein“ 18 Pfg. pro Quartal beträgt. Man überlege also, ob man für den geringen Mehrbetrag die Kaufereien in den Kauf nehmen will.

Hat man nun das Abonnement geregelt, dann kann es trotzdem vorkommen, daß die Zeitung einmal ausbleibt. Irrer ist menschlich, und im bestigen Postbetriebe unterläuft sehr leicht ein Fehler. Kann man in solchem Falle die Beschwerden nicht direkt beim Briefträger oder am Postkammer vortragen, dann lege man wieder einen Zettel in den Briefkasten und schreibe darauf:

An das Kaiserliche Postamt: Bonn.
Die Nr. 82 der Zeitung: Der „Gewerberein“,
Berlin, vom 13. 10. 09 ist ausgeblieben. Ich bitte um baldige Nachlieferung.

Gochachtungsvoll
Unterschrift und Adresse.

Dann wird ebenso wie bei der schriftlichen Bestellung alles von selbst geregelt. Man spart also Zeit, Kerger und Geld; denn die Zettel werden

unfrankiert befördert. Niemals schreibe man an den Verlag der betreffenden Zeitung, denn der kennt seine Postabonnenten gar nicht, sondern nur die Gesamtzahl der aufzuliefernden Zeitungen. Der Verlag zahlt für die Verteilung an die verschiedenen Postämter und Abonnenten eine Gebühr, die nach der Ercheinungsweise und dem Gewicht bemessen wird, hat aber im übrigen keinen Einfluß auf den Gang der Dinge. Man wende sich also stets an das zuständige Postamt und beschwere sich eventuell bei der Direktion. J. E.

Anmerkung der Redaktion: Wir bringen vorstehende Zuschrift eines Kollegen, der anscheinend die Sache praktisch erprobt hat, hiermit unseren Lesern zur Kenntnis.

Röge sie dazu beitragen, unserm Organ eine immer größere Zahl von Lesern zu sichern. Der geringe Preis sollte jeden zum Abonnement veranlassen. Die Bestellung selbst ist, wie vorstehend gezeigt, äußerst einfach. Also auf zur Agitation für den „Gewerkverein“!

Im Festgewande ist die letzte Nummer des „Regulator“ erschienen. Fünfundzwanzig Jahre sind es in diesem Monat, daß unter diesem Namen das Organ des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter erscheint. Auf der außerordentlichen Generalversammlung zu Berlin im Jahre 1884 wurde die Gründung eines eigenen Organs beschlossen. Am 8. September erschien eine Probenummer und, da diese Anklage fand, am 19. September die Nr. 1 des ersten Jahrganges. Zum Redakteur wurde der Vorsitzende des Generalrats, Kollege Hugo Kamin, gewählt, der die Schriftleitung bis zum Chemnitzer Delegiertentage im Jahre 1905 innehatte und vom jetzigen Redakteur, Kollegen Gleichauf, abgelöst wurde.

Der Bedeutung des Jubiläums entsprechend, haben die führenden Kollegen des Gewerkvereins zur Festnummer Beiträge geliefert. Die Entwicklung des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter behandelt der Generalsekretär Kollege Gustav Hartmann. Sein Stellvertreter, Kollege F. Dornblüth, beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Organisation der Deutschen Gewerkschaften. Ueber das Massenwesen der Hauptverwaltung des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter schreibt der Schatzmeister Heinrich Waldt. Das Massenwesen der Ortsvereine und Agitationsbezirke wird vom stellvertretenden Schatzmeister Alb. Strubelt behandelt. Ein Artikel des Kollegen Jos. Trabert beschäftigt sich mit der Entwicklung der agitatorischen Einrichtungen innerhalb des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Die Stellung des Gewerkvereins in der Arbeiterbewegung erörtert F. Schumacher. Paul Kauer behandelt den Zusammenschluß des Gewerkvereins der Klemperer und Metallarbeiter mit dem Gewerkverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, und Kollege E. d. Jordan hat einen Aufsatz geschrieben: Aus der Berliner Bewegung. Durch diese Beiträge erhält die Festnummer erhöhte Bedeutung, denn sie liefert auch ein reiches agitatorisches Material. Wir wünschen unserem Bruderorgan zu seinem Jubiläum, daß es ihm gelingen möge, die Ideen der Gewerkschaften in immer weitere Kreise der Arbeitererschaft hineinzutragen, daß es ihm vergönnt sei, echten Gewerkschaftsgeist in die Herzen seiner Leser zu pflanzen. Mögen die schweren Kämpfe, die der „Regulator“ nach mehreren Fronten zu führen hat, seine Kraft stärken. Röge er unserer Bewegung die Wege ebnen helfen und es ihm beschieden sein, mit dazu beizutragen, daß den Deutschen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung diejenige Stellung eingeräumt wird, die ihnen nach ihrer Geschichte zukommt.

Die bekannten Dufschlepperspade beschreitet die Reichsaktion der Eisenbahner vom Transportarbeiterverband, Verwaltung Breslau, im Kampfe gegen den Gewerkverein der Deutschen Eisenbahner. In der sozialdemokratischen „Breslauer Volksmacht“ werden zunächst alle Verdächtigungen aufgewacht und dann die Gewerkschaften bestraft, daß sie eine Stätte der Denunziation geworden seien. Gegen den Kassierer des Ortsvereins der Eisenbahner zu Breslau, Kurnoth, wird der Vorwurf erhoben, er habe böswillig einen Arbeiter, der Mitglied des Transportarbeiterverbandes ist, denunziert und ihn dadurch aus der Arbeit gebracht. Eine solche Mitteilung machte uns auch feinerzeit die Verwaltung des Transportarbeiterverbandes. Gelegentlich einer Reise wurde durch

uns die Sache unterjucht. Wir stellten dabei auch durch Niedersprache bei den maßgebenden Stellen folgendes fest:

Der entlassene Arbeiter John hatte in einer gegnerischen Verammlung, in welcher Kurnoth nicht anwesend war, die Gewerkschaft als Denunzianten bezeichnet. Da er schon vorher mehrmals diese Verleumdung ausgedrückt und dabei in demagogischer Weise gegen S. denselben Vorwurf erhoben hatte, wurde John in der Werkstatt von K. zur Rede gestellt und aufgefordert, Beweise für seine Äußerungen zu erbringen. Die Auseinandersetzung artete in einen Streit aus, und K. stellte in Aussicht, er werde, um endlich mal Ruhe zu bekommen, sich vom Baurat bestätigen lassen, daß er noch niemals denunziert habe. Erregt über die Vorwürfe wandte sich K. an den Baurat und wurde von diesem auf den Weg der gerichtlichen Klage verwiesen. Der Vorgang führte dann zu einer Unterjuchung gegen J., die Arbeiter sind über die Vorgänge in der Verammlung des Transportarbeiterverbandes gehört worden, und hierbei sind jedenfalls, aber ohne Schuld von K. oder irgend eines Gewerkschafters, die sogenannten ordnungsfeindlichen Äußerungen von J. festgestellt worden, die zu seiner Entlassung führten.

Wir ideuen uns keineswegs, unser Bedauern über den Ausgang der Sache zum Ausdruck zu bringen. K. hat seine Ehre schützen wollen gegen die verleumderischen Verdächtigungen und hätte auch unserer Ansicht nach besser getan, den J. vor die Schranken des Gerichts zu fordern. Die tiefere Ursache zu dem bedauerlichen Zwischenfall haben aber die Führer der Gegner gegeben, die verärgert durch die Erfolge, die unsere Eisenbahner auch bezüglich der Verbesserung der Lage z. B. der Güterbodenarbeiter errungen haben, nun die Arbeiter gegenfeindlich aufsuchten und die ganze Sache nur inzentriert haben, um ihre Bewegung zu stärken. Darauf läßt auch die Aufforderung der „Breslauer Volksmacht“ schließen, welche die Eisenbahner ermahnt, aus dem Gewerkverein auszuscheiden und in den Eisenbahnerverband einzutreten. Gegen K. von unserer Seite vorzugehen, lag kein Anlaß vor, da er ohnehin selbst erklärt hat, zurücktreten zu wollen.

Eine Reichstagserswahl sollte im Wahlkreise Eisenach stattfinden, nachdem der Vorgang kompromittierte deutsch-nationale Handlungsgehilfenführer Schad das Mandat niedergelegt hatte. Die an der Wahl interessierten Parteien hatten bereits ihre Kandidaten aufgestellt. Eine Leipziger Zeitung war dabei auf den originellen Gedanken gekommen, den früheren Reichstagsler Fürsten Bülow als Kandidaten aller bürgerlichen Parteien zu empfehlen. Der Vorschlag hatte lebhaften Anlauf in der Presse der verschiedenen Parteien gefunden. Allen diesen Erörterungen hat nun Fürst Bülow dadurch ein Ende gemacht, daß er die Annahme der Kandidatur abgelehnt hat. Er wünscht, politisch nicht mehr in die Deffentlichkeit zu treten. Inzwischen ist es überhaupt wieder fraglich geworden, ob es zu einer Reichstagserswahl kommt. Denn wie die „Samb. Nachr.“ mitteilen, beruht die Meldung von der Mandatsniederlegung des Abg. Schad auf einem Irrtum. Eine solche sei überhaupt noch nicht erfolgt. Auch das Bureau des Reichstages läßt bekanntgeben, daß ihm eine diesbezügliche Anzeige des Abg. Schad bisher nicht zugegangen sei.

Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde das auf die Abgebrühtheit des verfloffenen deutsch-nationalen Führers ein großes Schlaglicht werfen. Bei der demagogischen Rücksichtslosigkeit, die diesen Herrn von jeher ausgezeichnet hat, braucht man sich darüber allerdings nicht groß zu wundern.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Steinbrucharbeiter im Solnhofener Lithographensteingebiet ist beendet. Nach mehrmonatlichem Kampfe wurde die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. — Seit längerer Zeit stehen in Leipzig die Mühlensarbeiter in einer Lohnbewegung. Der Arbeitgeberverband der sächsischen Mühlenindustrie lehnt es ab, mit den Organisationsvertretern zu unterhandeln. Danach ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Kampfe kommt. — Die Ausstände der Holzarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen und in Heidelberg haben den Verband der Schreinermeister und die Landesorganisation badischer Schreinerinnungen zu dem Beschluß veranlaßt, in Südb- und Westdeutschland eine allgemeine Aussperrung der Tischler vorzunehmen. Am kommenden Sonnabend soll damit begonnen werden.

Die französischen Eisenbahnbeamten beabsichtigen, in eine Bewegung zur

Erhöhung ihrer Löhne einzutreten. Gerechtigt wird das Verlangen mit der allgemeinen Steigerung der Lebensmittelpreise. — Der Kampf in Schweden dauert noch immer fort, wenn sich auch die Anzeichen dafür mehren, daß er seinem Ende entgegengeht. Trotz der hier und da entstehenden Konflikte haben die Arbeiter fast überall ihre Beschäftigung wieder aufgenommen. Selbst in denjenigen Betrieben, die zum schwedischen Arbeitgeberverband gehören, wird zum Teil wieder gearbeitet. Das geht auch daraus hervor, daß die Zahl der noch feiernden Arbeiter auf unter 140 000 gesunken ist. Die Regierung tut leider noch immer keine ernstlichen Schritte, um dem das Wirtschaftsleben des Landes schwer schädigenden Kampfe ein Ende zu machen.

Die Entschädigungen an Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung arbeitslos geworden sind, können oft nur nach den größten Schwierigkeiten erlangt werden. Wie bürokratisch und langsam das Verfahren ist, lehrt folgende, der „Südd. Tabakztg.“ aus Waagen zugegangene Zuschrift:

„Mehrere Tabakarbeiterinnen machten am 11. August an das Hauptsteueramt Waagen die Mitteilung, daß sie mit 17. oder 15. August wegen Mangel an Aufträgen von ihrer bisherigen Arbeitsstelle auf unbestimmte Zeit entlassen worden sind und baten vom 15. resp. 17. an um die ihnen aus § 2a des neuen Tabaksteuergesetzes zukommende Entschädigung für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Leute wurden von Schulzeuten besucht, und wurden hier und dort hin bestellt, in jedem Falle über alles Mögliche und Unmögliche befragt; es wurde sogar festgestellt, daß die Leute für eine andere Arbeit nicht zu verwenden sind, aber trotzdem — — — eine Unterstützung haben die Leute bis heute den 8. September noch nicht bekommen. Also nach vier Wochen eine Sache noch nicht erledigt, wobei es sich um eine Unterstützung oder Entschädigung der Ärmsten handelt, die das neue Brot sofort brauchen, wenn das alte alle ist.“

Nur eine einzige Arbeiterin, die absolut nichts mehr zu essen hatte, soll, wie hinzugefügt wird, aus der Stadt eine Unterstützung von — 3 Mark erhalten haben.

Die Gewährung dieser Entschädigung rechnen sich die christlichen Gewerkschaftsführer, die die Steuerreform haben durchbringen helfen, bekanntlich als eine soziale Großtat an. Obige Ausführungen lassen ihren Wert am besten erkennen.

Koalitionsrechtsraub. Die Firma Gebrüder Dippe in Quedlinburg hat die bei ihr beschäftigten Gärtnergehilfen, die in unserem Gewerkverein der Gärtner organisiert sind, aufgefordert, aus dem Gewerkverein auszuscheiden oder das Arbeitsverhältnis aufzugeben. In einer Versammlung am Mittwochabend, die so zahlreich besucht war, wie dies Quedlinburg bisher kaum je erlebte, sprach unser Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt über diese Vergewaltigung. In dem einmütigen, stürmischen Beifall, den unser Redner fand, kam der Wille zum Ausdruck, die Gewerkschaften in diesem Kampfe um das Recht der Organisation zu unterstützen. Ausführlicher Bericht folgt.

Die Berliner „Volkszeitung“ hat sich wieder einmal einen Bären aufzubinden lassen. Wenn es sich für das Blatt darum handelt, sich in der ihm eigenen Art „gewerkschaftsfreundlich“ zu zeigen, dann stellt es seine Spalten gern den verlogensten Angriffen auf unseren Verbandsvorsitzenden zur Verfügung.

Dieses Mal handelt es sich um eine Zuschrift, in der die Kandidatenfrage in Halle behandelt wird. Darin wird behauptet, daß die Gewerkschaften in Halle die Unterstützung einer Kandidatur unseres Vorsitzenden abgelehnt hätten. Wir hängen diese gemeine Lüge tiefer; eine Widerlegung verdient sie nicht. Die anderen Behauptungen des Blattes sind ebenso falsch. Vor allem auch diese, daß unser Vorsitzender die Uebernahme der Reichstagskandidatur von der Gewährung des sicheren Landtagsmandats abhängig gemacht oder beide Mandate verlangt habe. Unser Vorsitzender hat weder diese Bedingung gestellt, noch das Verlangen gehabt, beide Mandate zu besitzen. Hier hat der sogenannte „Gewerkvereiner“, der der „Volkszeitung“ diesmal den Bären aufgebunden hat, nur was läuten hören, ohne zu wissen, wo die Gloden hängen.

Armenunterstützung und Wahlrecht. Das Gesetz über die Einwirkung der Armenunterstützung auf das Reichstagswahlrecht bestimmt, daß als Armenunterstützung nicht anzusehen sind: Krankenunterstützung, die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, Unterstützung zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder

Ausbildung für einen Beruf, sonstige Unter- stützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Werbung einer augenblicklichen Not- lage gewährt sind. Die Bestimmungen, diese Grundzüge auch für die Abgeordnetenhaus- wahlen festzulegen, sind bekanntlich resultatlos geblieben. Jetzt will Schöneberg selbständig vorgehen, und sein Magistrat hat für die bevor- stehenden Stadtverordnetenwahlen folgende Lei- stungen angenommen:

„Ein Verlust des Wahlrechts soll künftig, auch soweit es sich um Wahlen auf Grund der Landesgesetze handelt, nur eintreten: 1. bei fortlaufenden Barunter- stützungen. Einer solchen ist die Gewährung laufenden Pflegegeldes für eigene eheliche Kinder gleich zu achten; 2. bei dauernder Unterbringung und Verpflegung in einem Stiefenhause oder einer ähnlichen Verpflegungsanstalt, 3. auch dem städtischen Obdach; 3. bei zeitweiser an Stelle der Unterstützungen zu 1 und 2 tretenden Krankenhausverpflegungen.“

Es ist dringend zu wünschen, daß andere Kom- munen auch auf diesem Gebiet der Stadt Schöne- berg folgen, die auch in anderer Beziehung schon als Vorbild hat dienen können.

Die Fortbildungsschule des Berliner Hand- werker-Vereins, E., Sophienstr. 18, eröffnet am Freitag, 1. Oktober, ihre Winterkurse. Strebsame junge Männer des Handwerks- und Gewerbestan- des, sowie Handlungsbevollmächtigte, Beamte und Mi- litäranwärter finden hier Gelegenheit, sich für ihren Beruf vorzubereiten oder ihre Kenntnisse und Fertigkeiten zu vervollkommen und zu er- weitern. Auch dem weiblichen Geschlecht ist die Teilnahme am Unterricht gestattet. Neben den allgemeinen Kursen für Deutsch, Rechnen und Schönheitszeichnen bestehen Kurse für Literatur, Vater- landskunde, Handelsgeographie, Buchführung, kaufmännische Korrespondenz, kaufmännisches Rechnen, Algebra, Französisch, Englisch, Rund- und Nachschrift, Schaufensterdekoration, Gesang, Turnen, ferner für Freihandzeichnen, Projektions- und Zirkelzeichnen. Im stenographischen Unterricht wird außer Arnds auch Stolze-Schrey gelehrt. Fachklassen sind vorhanden für Tischler, Maschinen- bauer, Schlosser, Mechaniker und verwandte Beru- fsklassen. In der Mal- und Zeichenklasse werden begabte Schüler und Schülerinnen im Zeichnen und Malen nach dem lebenden Modell ausgebildet. Zur Ergänzung und Belebung des Literaturunter- richts dient der Vortrags- und Lesekreis. Die Unterrichtszeit fällt in die Abendstunden von 8 1/2 bis 10 Uhr und Sonntags von 9 bis 11 Uhr. An- meldungen können schon jetzt bewirkt werden in der Geschäftsstelle des Vereins Montags, Mitt- wochs und Sonnabends. Unterrichtspläne sind un- entgeltlich zu haben beim Hausverwalter oder wer- den auf Wunsch zugefandt.

Gewerkevereins-Teil.

Spanbau. Unsere Ortsverbandsversammlung am 4. September erkreute sich leider keines guten Bes- cheds. Der Kassierer erstattete zunächst Bericht über die Kassenerhältnisse und den Arbeitsnachweis. Die Dis- kussion darüber zeigte, daß für alle Arbeitsfindenden ausreichende Arbeitsnachweis in der Ritterstraße 12 noch nicht genügend in Spanbau bekannt ist, da erit in den letzten Tagen z. B. im Tischlergewerbe alle ange- botenen Stellen nicht besetzt werden konnten. Ein An- trag, zwecks weiterer Ausgestaltung des Arbeitsnach- weises eine Kommission zu wählen, wurde ange- nommen. Sodann erteilte der Vorsitzende dem Ver- bandssekretär Kollegen C. Klenz, Berlin das Wort zu seinem Vortrag über „Die Bedeutung der Ge- werkegerichte“. Schon im Mittelalter, zur Zeit der Zünfte, so führte der Referent aus, war das Streikrecht vorhanden, gewerbliche Streitigkeiten von Sachverständigen aburteilen zu lassen, schon damals lassen sich Spuren von Gewerkegerichten nachweisen. Mit der industriellen Entwicklung wurden die Klassen der Arbeiter und die Zahl der gewerblichen Streitig- keiten immer größer. Es entsand daher der Gedanke, besondere Einrichtungen, Gewerkegerichte, zum Schlicht- en dieser gewerblichen Rechtsstreitigkeiten zu schaffen, und zwar aus folgenden Gründen: um die Rechts- streitigkeiten aus dem gewerblichen Dienstverhältnis möglichst schnell und unter möglichst ge- ringen Kosten besonders für den Arbeitnehmer zu schlichten und ferner, da den Juristen das Verstand- nis für gewerbliche Berufs- und Betriebsverhältnisse fehle, um Urteile, die wohl dem Buchstaben, aber nicht dem Rechtsempfinden der Arbeitgeber und Arbeit- nehmer entsprechend, zu vermeiden. Die ersten Ge- werkegerichte wurden im Jahre 1806 in Frankfurt geschaffen. Dann folgten im Laufe des Jahrhunderts Deutschland, Oesterreich und die anderen Staaten Europas und im Jahre 1904 die Errichtung der Kauf- mannsgewerke. Und jetzt fordern auch die technisch- industriellen Beamten einen Ausbau der Gewerke- gerichte, damit ihre Interessen besser gewahrt werden können. Neben der Rechtssprechung in gewerblichen Streitigkeiten haben die Gewerkegerichte das Recht, Anträge an die Behörden zu stellen und eventuell bei Gutachten gehört zu werden. Die Hauptaufgabe der Gewerkegerichte bestehe nach seiner Ansicht darin, an ihrem Teil an der Verbesserung des Arbeiterrechts mit- zuwirken, den Arbeitsvertrag aus einem Rechtsverhält- nis zu einem Rechtsverhältnis zu gestalten. Deswegen müßten auch die Gewerkevereine in Spanbau sich an den Gewerkegerichtswahlen beteiligen. In der sich anschließenden Aussprache war man allseitig für die Beteiligung an der Wahl; es wurde beschlossen, in einer Versammlung im nächsten Monat sich weiter mit dem Gewerkegerichtswahl zu beschäftigen. Zum Schluß wurde noch angeregt, daß der Ortsverband auch in Zukunft an den Stadtverordnetenwahlen teilnehmen solle, was fast allseitige Zustimmung fand.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distrikttarif der Deutschen Gewer- kevereine (G.-V.). Verbandsbau der Deutschen Gewer- kevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223 Mittwoch,

22. September. Vortrag d. Koll. Wein üb.: „Gewerkevereine- fragen auf dem sozialdemokratischen Parteitag“. Gäste wil- kommen u. — Gewerkevereine-Liedertafel (G.-V.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Liebungshunde im Ver- bandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Gründer Saal). Gäste sind herzgl. willkommen. — Distrikttarif Nordst. Jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung 6 Rabau, Waldstr. 58. — Maschinbau-u. Metallarbeiter VII. Sonnabend, 18. September, abends 8 Uhr, Rekrutenabschießerei bei Funke, Leipzigerstraße 63. Mittwoch, 22. September, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Funke, Leipzigerstr. 63. Monatsber- richt. Generalratsprotokolle. Werkstattbesprechung. Regulatorporto. — Fabrik- und Hausarbeiter I. Sonn- abend, 18. September, abends 9 Uhr im Vereinslokal, Alexanderinenstraße 45 I D.: dafelbst. — Wildhauer. Montag, 20. September, abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung Dres- denerstraße 10 bei Preuß.

Orts- und Bezirksverbände.

Köpen (Distrikttarif). Jeden 2. und 4. Sonn- abend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikttarif bei Dehler, Ecke Janemannplatz und Mühlstraße, 1. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr., Distrikttarif, (Distrikttarif). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Dresden (Distrikttarif). Die Sitzungen sind regel- mäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlbräu Weber- gasse 28, statt. Gäste will. — Köln (Distrikttarif). Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr im Restaurant, Vater Kolping, Elbergsstr. — Hamburg (Distrikttarif). Jeden 2. u. 4. Mitt- woch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duis- burg (Distrikttarif). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Helsen- kamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikttarif. — Wils- heim-Nuhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — Cottbus (Distrikttarif). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel). Die Liebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburg- straße 25, statt. Gäste und stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weisensfeld a. S. (Ge- sangsabteilung der Gewerkevereine). Liebungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizer- haus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — Zwickau (Distrikttarif). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr. — Letzin (Sänger- chor der Gewerkevereine). Die Liebungshunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — Seifen- kirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertreterprüfung, vom mittags 10 Uhr, im Ver- sehrslokal G. Simon, Alter Markt. — Kippstadt (Orts- verband). Sonntag, 19. September, nachm. 3 1/2 Uhr, Orts- verbandsversammlung, in Beckentotten. — Schwerte (Orts- verband). Sonntag, 19. September, nachm. 3 Uhr, Vert- reterprüfung, 4 Uhr kombinierte Ausschussprüfung in der „Wolke“ am Markt, früher Suwegblut. — Krefeld (Orts- verband). Sonntag, 26. September, nachm. 5 Uhr, Vert- reterprüfung bei Küller, Westwall.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressen- verzeichnis. Essen (Ortsverb.). Franz 8 Uer, Schriftführer, Essen, Altenbergstr. 7.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Dem Kollegen **Wilhelm Lampe**, seit dem Jahre 1869 Mitglied d. des Ortsvereins der Maschinbau- u. Metallarbeiter Berlin I, zu seinem 50-jährigen Dienstjubiläum bei der Firma Panzer die besten Glück- wünsch!

Die Vereinigten Ortsvereine der Maschinbau- und Metallarbeiter von Berlin und Umgegend. **Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen** a. s. d. schenken und billigen bei **Th. Berkop, Oppeln.**

Für Vereinsbibliotheken! 300 Bände Romane, Erzählungen, humoristische Werke, Gespöcher, sämtlich neu und gut gebunden, sind billig zu verkaufen.

Söppingen (Ortsverb.). Durch- reisende Verbandskollegen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei **J. Stadler, Bahnhofstr. 18.**

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer **B. Kowallowski, Thorn, Gelligegäßchen 7/9.**

Oberhausen (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstutzung im Bureau, Mühl- heimerstraße 132.

Wilhelmshaven (Ortsver- band). Durchreisende Gewerkevereins- kollegen erhalten in den Herbsttagen zur Heimat I und II freies Nach- quartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, **S. Sadeke, Bent, Goethestr. 7.**

Forst i. L. (Ortsverb.). Durch- reisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei **A. u. G. Rügner, Forststr. 6 I. Mittags von 12—1, abends von 7—8 Uhr.**

Kippstadt (Ortsverband). Durch- reisende Kollegen erhalten 0,75 Mark. Rekrutenabschießerei beim Ortsver- einskassierer **J. Bergler, Kippstadt, Wädenförderstr. 189.**

Stuttgart-Cannstatt (Orts- verband). Durchreisende Verbands- kollegen erhalten 50 Pfennig Orts- geschenk bei **R. S. u. S., Cannstatt, Brunnenstraße 58 a III.**

Leipzig-West (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durch- reisende Gewerkevereinskollegen die Karten für das Ortsverbands- geschenk bei dem Vereinskassierer. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in **Stadt Hannover, Leipzig, Seeburgstraße, Galtgäßchen.**

Geislingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pf. bei **R. Sapper, Hauptstraße 48.**

Danzig (Ortsverband). Durch- reisende Gewerkevereinskollegen er- halten beim Gewerkevereins- kassierer **Kammerer, Hauptmarkt 10, Verpflegungskarten**

Edln und Wülheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewer- kevereinsbureau, Severinstr. 118 I.

Potsdam (Ortsverb.) Durch- reisende Kollegen erhalten 75 Pf. Orts- geschenk bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Essen (Nuhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Ver- pflegungskarten im Gewerkevereins- bureau, Grobhauserstr. 53

Weisensfeld a. S. (Ortsver- band). Durchreisende Kollegen er- halten Unterstutzungskarten beim Kollegen **Fischer, Leipzigstr. 28.**

Jena. (Ortsverband). Durch- reisende erhalten 75 Pf. Unter- stutzung bei **Carl Müller, Greif- gasse 2, Ecke Oberlaugengasse.**

Nekermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Gewer- kevereinskollegen erhalten Rekruten- stützung. Karten hierzu beim Kollegen **G. u. S. Nekermünde, Balk- straße 12 und Sonnemann, Zoraelow, Louisenstr. 3.**

Rothenbach und Umgegend. (Ortsverband). Rekrutenstützung, 65 Pf., erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen beim Kollegen **G. u. S. Rothenbach i. Schl. Verbands- herberge: Bahnhof zum Klara-Schacht.**

Zur Anschaffung bringen zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen **Karl Goldschmidt:**

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mark, 100 Exemplare 6 Mark, 200 Exemplare 10 Mark, 500 Exemplare 28,50 Mark, 1000 Exemplare 45 Mark.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pf., 6 Stück kosten 1,50 Mark, 12 Stück 2,65 Mark, 20 Stück 4 Mark.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer **Karl Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223** zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.